Medienmitteilung der SP Baselland

Liestal, 17. Februar 2012

Entlastungspaket BL

Sanieren: ja – sich kaputt sparen: nein!

Die SP Baselland bedauert, dass die Landratskommissionen es verpasst haben, am Entlastungspaket 2012/15 die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Es wird nun an den Ratsverhandlungen und an möglichen Volksabstimmungen liegen, die negativen Auswirkungen auf den Bildungsbereich, den öffentlichen Verkehr und auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen zu verhindern.

Der Sanierungsbedarf des Baselbieter Haushalts ist unbestritten. Die SP Baselland trägt denn auch gut drei Viertel des vom Regierungsrat und dem landrätlichen Think Tank ausgearbeiteten Pakets mit. Es gibt aber Massnahmen, die unter sozialen, ökologischen und bildungspolitischen Gesichtspunkten nicht akzeptabel sind.

Schon mit dem Budget mussten schmerzhafte Entscheidungen hingenommen werden, die vor allem den Mittelstand und die unteren Einkommen treffen. So zum Beispiel bei der Kürzung der Prämienverbilligungen. Dieselben Schichten werden auch unter jener Massnahme am meisten zu leiden haben, die im vorliegenden Paket mit 15 Mio. CHF am umfangreichsten ist. Es handelt sich um die Einführung eines Selbstbehalts beim Abzug von Krankheitskosten in der Steuererklärung. De facto ist das eine versteckte Steuererhöhung, die ebenfalls der Mittelstand am meisten zu spüren bekommt.

Von einer Ausgewogenheit oder gar Opfersymmetrie kann auch sonst kaum die Rede sein. So geht es nicht an, dass die Kostenprognosen für die Spitalfinanzierung innert eines Jahres um mehr als 60 Mio. gestiegen sind, und dies dann durch ein Streichkonzert bei der Bildung, dem öffentlichen Verkehr oder sonstwo kompensiert werden muss. Klar ist: Ein guter Service public und gute Infrastrukturen und Investitionen in die Bildung kosten. Wenn der Steuersatz für die Bezahlung der unbestrittenen Leistungen nicht reicht, dann muss er angehoben werden, und zwar für alle, gemäss der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. So sieht es auch die Defizitbremse vor

Dem Streichkonzert muss Einhalt geboten werden, wo es unzumutbar ist: Bei den willkürlichen Pensenerhöhungen für die Fachlehrer in der Sek I und II, bei einer untauglichen Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs oder bei der Streichung von schulischen Brückenangeboten. Leider kommen viele dieser Massnahmen nicht vor das Volk, weil sie per Dekret oder durch Budgetentscheide beschlossen werden. Mit den Bildungsinitiativen wird es aber möglich sein, hier zu korrigieren.

Bei den Gesetzesänderungen hat sich die Regierung mit einem Entlastungs-Rahmengesetz zu einer Alles-oder-nichts-Strategie entschlossen. Dieses umfasst Massnahmen im Umfang von 26 Mio. Franken. Für 6 Mio. werden die Kosten einfach vom Kanton auf die Gemeinden geschoben, ohne zu sparen. Die Einführung des Selbstbehalts bei den abziehbaren Krankheitskosten ist eine verkappte Steuererhöhung von 15 Mio. An Substanz für die Sanierung des Haushalts bleibt beim Rahmengesetz kaum etwas übrig.

Weitere Auskünfte:

- Martin Rüegg, Präsident SP Baselland 079 357 69 27
- Mirjam Würth, Mitglied Finanzkommission 076 415 81 71 / 061 901 67 20
- Ruedi Brassel, Mitglied Finanzkommission 079 393 48 49

Sozialdemokratische Partei Baselland
Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal
Telefon 061 921 9171
Telefax 061 921 68 70
info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch